

Osttimor

Flüchtlinge in deutscher Botschaft in Jakarta

In der Nacht vom 16. April hat das Wachpersonal der deutschen Botschaft in Jakarta acht Osttimoresen, die in der Botschaft Zuflucht suchen wollten, direkt an die indonesischen Sicherheitskräfte ausgeliefert. Sie wurden danach, wie auch in der Tagesschau vom 17.4.1996 zu sehen, vor der deutschen Botschaft von den Sicherheitskräften brutal zusammengeschlagen und mißhandelt. Drei von ihnen mußten anschließend in einem Militärhospital behandelt werden.

Die Bundesregierung reagierte schnell: bereits einen Tag später, am 18.4. wurde der indonesische Botschafter in Bonn einbestellt und erneut auf Anweisung von Außenminister Klaus Kinkel als bekannt wurde, daß die indonesischen Sicherheitskräfte sogar auf das Botschaftsgelände eingedrungen waren. Das Betreten des Botschaftsgeländes ohne Zustimmung verstößt gegen geltendes Völkerrecht. Indessen hat sich die Botschaft in Jakarta für die Freilassung und die Ausreise der acht Osttimoresen nach Portugal eingesetzt. Am 26.4. sind die Osttimoresen sicher in Lissabon gelandet.

Wie ist dieses Vorgehen zu bewerten? Durch ihr nachträgliches Engagement haben die deutschen Behörden die Ausreise der Osttimoresen ermöglicht. Doch hat die Bundesregierung damit, wie Vertreter des Auswärtigen Amtes behaupten, unter Beweis gestellt, daß sie in der Frage der Menschenrechte in Osttimor deutlich Position bezieht? Wohl kaum! Es bleibt vielmehr der Beigeschmack der Schadensbegrenzung: Schutzbedürftigen Menschen die Gelegenheit zur Ausreise zu geben, ist ein humanitärer Akt. Die massiven Menschenrechtsverletzungen in Osttimor aber sollten für die Bundesregierung Grund genug sein, politische Beiträge zur Lösung dieser Konflikt- und Unrechtssituation zu leisten. Die in Genf tagende UN-Menschenrechtskommission wurde auch dieses Jahr dafür als Forum nicht in geeigneter Weise genutzt. Und noch vor wenigen Monaten, vor dem asiatisch-europäischen Gipfeltreffen in Bangkok, drohte der indonesische Außenminister Ali Alatas mit der Abreise Präsident Suhartos, sollte Osttimor thematisiert werden. Gerade die deutsche Regierung soll massiv Druck auf die portugiesische ausgeübt haben, mit dem Dauerthema Osttimor nicht die wohlige Atmosphäre des Gipfels zu stören.

Ein solches Verhalten ermöglicht es erst der indonesischen Regierung mit ih-

rer menschenverachtenden Politik in Osttimor fortzufahren. Der Vorfall in der deutschen Botschaft machte ein weiteres Mal deutlich, daß die Menschenrechtssituation in Osttimor nach wie vor prekär ist. Wenn man sieht, auf welche Art und Weise das indonesische Militär Osttimoresen unter den Augen westlicher Diplomaten und vor laufenden Kameras mißhandelt, dann fällt nicht schwer sich vorzustellen, wie dasselbe Militär in der Abgeschiedenheit der seit 1975 besetzten Inselhälfte gegen Osttimoresen vorgeht.

Jüngst hat der Bundessicherheitsrat beschlossen, die Genehmigung zum Export von 7 Panzern des Typs Wiesel durch die MaK Systemgesellschaft in Kiel nach Indonesien zu erteilen. Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die Vorkommnisse vor den Toren der deutschen Botschaft in Jakarta sollten für die Bundesregierung Anlaß genug sein, diesen Beschluß noch einmal zu überdenken. Wer Waffen an ein Land wie Indonesien liefert, der muß sich in der Tat fragen lassen, wie glaubwürdig seine Menschenrechtspolitik ist. Die menschenrechtsverachtende Politik des indonesischen Regime wird damit nicht nur nicht verurteilt, sondern gar gefördert. Damit macht sich die Bundesregierung zum Helfershelfer.

Unbeantwortet bleibt auch die Frage nach dem Verhalten der Wachmannschaft: Hat sie eigenmächtig gehandelt oder folgte sie einer Anweisung für den Fall, daß Osttimoresen versuchen sollten, in der Botschaft Zuflucht zu finden? Seit Monaten flüchten sich Osttimoresen und Osttimoresinnen in die verschiedenen Botschaften in Jakarta. Die Wahrscheinlichkeit, daß auch die deutsche Botschaft einmal an der Reihe sein würde, war also groß.

In den letzten Monaten haben etwa 70 Osttimoresen und Osttimoresinnen, die sich für die Menschenrechte einsetzten, auf diesem Weg ihr Land verlassen. Für sie dürfte es die einzige Möglichkeit gewesen sein, der jahrelangen und zermürbenden Repression zu entfliehen. Es handelt sich also nicht um einen Einzelfall, und solche Situationen könnten sich wiederholen. Dem hier zugrundeliegenden Problem, der Repression in Osttimor, resultierend aus der Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung, müßte die deutsche Regierung in einer neuen Weise begegnen. Damit würde sie unter Beweis stellen, daß sie in der Frage der

Kurzmeldungen

Erneut hat sich am 21. Mai ein 17-jähriger Osttimorese auf das Gelände der deutschen Botschaft in Jakarta geflüchtet. Mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes konnte der junge Mann umgehend nach Portugal ausfliegen. (*Deutsche Welle Internet News* 23.5.96)

Bei einem Besuch in Ambon, Molukken, sagte der Sonderbotschafter für Osttimor, Lopes da Cruz, daß die **Integration Osttimors** de jure und de facto **abgeschlossen** sei und es keinerlei politische Probleme mehr gebe. Der Wunsch von Präsident Suharto sei es, so Lopes weiter, das Osttimor-Problem in dieser Generation zu lösen und es nicht in die nächste Generation hineinzutragen. Lopes da Cruz bereist zur Zeit die indonesischen Provinzen und wirbt um Verständnis und Unterstützung dafür, daß die Integration Osttimors mit hohen Entwicklungskosten verbunden ist. (*Indonesia Media Network*, 1.6.96)

Der Kommandant der Udayana-Regionaleinheit, Generalmajor H.A. Rivali, erklärte, die **vorrangige Aufgabe der indonesischen Streitkräfte** in Osttimor sei es, der lokalen Regierung und Verwaltung bei ihrer Aufgabe zu helfen, die **Lebensbedingungen der Menschen dort zu verbessern**. Hingegen seien Verteidigung und Sicherheit, die andere Aufgabe der indonesischen Streitkräfte im Sinne ihrer Doppelfunktion, zwar auch bedeutsam, stünden aber nicht im Vordergrund. Die zivile Mission der Streitkräfte mache die Anwesenheit der Soldaten in Osttimor zwingend. (*Indonesia Media Network*, 25.5.96)

Über **300 osttimoresische Jugendliche demonstrierten** am 28. April 1996 in **Baucau** für ein unabhängiges Osttimor. Osttimoresischen Quellen zufolge habe das Militär die Demonstration mit Tränengas aufgelöst. Auslöser der Proteste war die Erschießung des Schülers Paulo dos Reis durch das Militär bei einem Verhör. Er soll angebliche Kontakte zur Guerilla gehabt haben. Zu einem weiteren Vorfall kam es in Dili: Andre Sousa, der vor 1974 für den portugiesischen Erziehungsdienst tätig war, wurde von zwei Sicherheitsagenten der Streitkräfte verprügelt und anschließend erschossen. Angeblich hatte er eine auf Halbmast gesetzte indonesische Fahne eingeholt. Die genauen Umstände sind noch nicht geklärt. (*ABC Radio Report* 30.4., 1.5.96; *RTR*, Jakarta, 28.4.96)

Menschenrechte in Osttimor "eine deutliche Position" bezieht.

Monika Schlicher

Die Verfasserin ist Lehrbeauftragte am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg und Mitglied im Vorstand des Trägervereins der SOA-Infostelle.